

Militär für Schlesien.

Kaufrechtsverhaltung der Ordnung im Kohlenrevier.
Berlin, 23. Januar.

Auf Anregung der Regierung wird dieser Tage ein Teil der Regierungstruppen, die an den militärischen Maßnahmen der letzten Zeit in Westfalen beteiligt waren, nach Schlesien zum Schutz der Landesgrenze und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenrevier abbeordert werden. Über die Streife Rübmit und Bleß ist aus militärischen Gründen, die mit der Volensgefahr zusammenhängen, bereits der Belagerungszustand verhängt worden. Die Zahl der Streifenden in Oberschlesien ist angesichts der andauernden energischen Maßnahmen der Regierung um die Hälfte, auf 20 000 Arbeiter gesunken. Auf Veranlassung des Zentralrates der RSR Oberschlesiens sind im Laufe des gestrigen Tages 28 Verhaftungen vorgenommen worden. Es handelt sich dabei um Terroristen, die den arbeitwilligen Bergleuten mit Gewalt den Eintritt verweigert haben.

Auffstände in Elßaß-Lothringen.

Rieder mit Frankreich

München, 23. Januar.

Der Ausschuß der elßaß-lothringischen Autonomistenpartei veröffentlicht, daß der Umschwung in den Reichslanden schon eingetreten ist.

Es bildete sich in Mülhausen ein Demonstrationszug, meistens Arbeiter, die mit schwarz-weiß-roten Fahnen durch die Stadt zogen. Sie sangen: „Deutschland, Deutschland über alles!“, „Die Wacht am Rhein“, „Ich bin ein Preuße“, zogen nach dem Rathaus und wollten die Trikolore herunterholen. Ferner erschollen Rufe: „Och Deutschland!“, „Och Preußen!“, „Rieder mit Frankreich!“

Das Militär mußte einschreiten und es wurde sogar geschossen. Die Leute, die sich einbildeten, daß ihnen durch die französische Herrschaft der Himmel voller Segen hängen würde, sind somit bereits schwer enttäuscht und erbittert. Die wahnwitzigen Maßnahmen, welche die Franzosen getroffen haben, müssen zu einer Katastrophe führen. Für die Arbeiter und unteren und mittleren Volksschichten wird in Frankreich erwiesenermaßen sehr wenig getan.

Blutige Niederlage der Polen.

Der polnische Vormarsch zum Steben gebracht.

Bromberg, 23. Januar. (Amlich.)

Der Ort Steinburg wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten, darunter der Führer ein früherer deutscher Offizierskandidat, wurden sie abgewiesen. Bei den Kämpfen bei Popsien am 20. und 21. Januar wurden noch 76 polnische Tote festgestellt.

Der polnische Vormarsch ist auf der ganzen polnischen Front zum Steben gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg festgehalten. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht mehr bedroht. Der Druck des verführten und diesmal wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar. Als polnische Gegenmaßnahme werden durch eine Verfügung des Obersten polnischen Volksrats sämtliche den Jahrgängen 1897, 1898, 1899 angehörenden Polen aufgefordert, sich zum aktiven Militär zu stellen.

Sieg der Regierungstruppen in Hamburg

Alle Gebäude wieder erobert.

Hamburg, 23. Januar.

Nachdem gestern abend infolge der Spartakus-Unruhen der Belagerungszustand verhängt worden war, gingen die Regierungstruppen allerorten, besonders am Hauptbahnhof, energisch gegen die Aufständigen vor. Es kam zu erbitterten Gefechten, wobei die Regierungstruppen überall die Oberhand bekamen. Sie nahmen in schnellem Angriff alle wichtigen Gebäude zurück und sind jetzt völlig Herr der Lage. Ihre Verluste betragen 4 Schwere und mehrere Leichtverletzte. Die Spartakisten verloren 2 Tote und zahlreiche Verwundete, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Der Belagerungszustand wurde wieder aufgehoben.

Friedensangebot der Entente an Rußland.

Konferenz im Marmara-Beer.

Rotterdam, 23. Januar.

Die Reuters amlich aus Paris meldet, werde in der Alliierten-Konferenz ein Vorschlag des Präsidenten Wilson angenommen, die russische Regierung zu einer Friedenskonferenz einzuladen. Eine entsprechende Note ist an Rußland abgegangen.

In der Note heißt es, daß Rußlands Recht auf Selbstbestimmung anerkannt wird und weiter: Die Alliierten laden jede organisierte Gruppe ein, die in Sibirien oder innerhalb des europäischen Rußlands politisch oder militärisch ihre Herrschaft ausübt oder ausüben versucht (ausgenommen Finnland), nicht mehr als drei Vertreter für jede Gruppe nach den Prinzipien im Marmara-Beer zu senden, wo sie mit Vertretern der Alliierten zusammentreffen werden. Gleichzeitig soll zwischen den eingeladenen Parteien ein Waffenstillstand abgeschlossen werden. Es wird um eine schnelle Antwort auf diese Einladung gebeten. Die Vertreter der Entente werden am 15. Februar am bestimmten Ort eintreffen.

Bezahlung der amerikanischen Lebensmittel.

Rotterdam, 23. Jan. Nach englischer.

Medungen wird das erste Schiff mit Lebensmitteln für Deutschland in den nächsten Tagen hier eintreffen.

Bei den Verhandlungen in Lier ist es gelungen zu erreichen, daß uns in nächster Zeit für 30 Millionen Dollar Lebensmittel, namentlich für Getreide, Zucker, füllende Mütter und einige Arbeiterkategorien überlassen werden. Bei den Verhandlungen über die weitere Versorgung Deutschlands gab die Entente die Erklärung ab, daß genügend Lebensmittel vorhanden seien, um die ganze Welt zu versorgen.

Der Vorsitzende der deutschen Lebensmittelkommission in Spa, Unterstaatssekretär Braun, wirt nun in der Öffentlichkeit die Frage der Bezahlung der Lebensmittel auf und sagt: „Es liegt also in unserer Hand, die drohende Hungersnot abzuwenden. Dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Ausland verschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können. Denn darüber darf man sich nach der

haltung unserer Feinde keiner Täuschung hingeben: gegen Kredit oder deutsches Geld, das bei der Fortdauer des Überwiegens der Einfuhr über die Ausfuhr immer mehr entwertet werden würde, liefert uns Amerika trotz der menschenfreundlichen Grundzüge Wilsons nicht. Wir können uns die Zufuhr von Lebensmitteln nur durch angestrengte Arbeit und durch die Erzeugung von Gütern für die Ausfuhr selbst verdienen. Geschenkt oder gehorgt werden sie uns von niemand. Nur die sofortige Rückkehr zur Arbeit kann uns vor dem Verhungern retten! Streiks und Arbeitseinstellungen sind jetzt das schlimmste Verbrechen, das man an der Zukunft Deutschlands begehen kann, und rünten uns nicht nur finanziell, sondern führen rettungslos zur Hungersnot und damit zum Chaos.

Erhöhung der Fleischration.

Dresden, 23. Januar. Vom 1. Februar ab wird die wöchentliche Fleischration für den Kopf der Bevölkerung durchweg auf 250 Gramm erhöht. Ein Unterschied zwischen Stadt und Land wird deswegen nicht gemacht, weil es rein ländliche Bezirke in Sachen eigentlich überhaupt nicht gibt. Gleichzeitig erfolgt ein Preisausschlag von 10 Pf. für das Pfund. Damit soll der Unterschied ausgeglichen werden, da das Geflügel, von dem erhebliche Mengen vorhanden sind, teurer ist als Fleisch. Diese Differenz beträgt ungefähr 3 1/2 Millionen Mark. 1 Million hat der Viehhändlerverband zur Verfügung gestellt, so daß noch 2 1/2 Millionen aufzubringen

Gemeindewahl

Wer ist wahlberechtigt?

Alle deutschen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet und hier ihren Wohnsitz haben.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist also nur, wer sich lediglich vorübergehend hier aufhält, wie z. B. die Pflanzlinge des Erholungsheims.

Es ist nicht nötig, sächsischer Staatsangehöriger oder Raunhofer Bürger zu sein!

Wahlberechtigt sind also mit ganz wenigen Ausnahmen alle Personen, die auch zur Nationalwahl abgestimmt haben.

Niemand fehle, oder halte die Gemeindewahl für weniger wichtig! Tue jeder seine Pflicht!

Raunhofer Bürger-Ausschuß.

sind. Die Fleischversorgung wird damit auf den gleichen Stand gebracht, wie sie es vor dem Jahre 1918 lange Zeit gewesen ist. Es steht zu hoffen, daß mit der neuen Festsetzung der Fleischverbrauchsmenge den Wünschen weiterer Kreise der Bevölkerung entgegengekommen wird.

Ermöglicht worden ist die Mehrerhöhung dadurch, daß der starke Militärbedarf ganz wesentlich herabgemindert ist, der bisher mehr betrug, als die für die gesamte Zivilbevölkerung zur Verfügung stehenden Mengen. Es ist deshalb nicht zu befürchten, daß durch den Mehrverbrauch in die Viehhöfe Lieferungen eingegriffen werden müßte als bisher; im Gegenteil wird es sich für Sachen ermöglichen lassen, die Eingriffe in die Viehhöfe durchwegs im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten der Landwirtschaft zu halten.

Die Deutsche Volkswirtschaft.

Mit Parteipolitik sind wir nachgerade überflüssig. Darum war die Verlesung am Donnerstag abend nicht so stark bedacht wie die von voriger Woche. Wenn freilich jeder gewußt hätte, daß uns ein rein sozialwissenschaftlicher, über die Parteipolitik lebender Vortrag gehalten werden sollte, dann wäre wohl mancher gekommen, der lebte und mancher gedieh, dessen entscheidende Reagier sich in föhrender sächsischer Unruhe äußerte.

In seiner Begrüßung betonte der Vorsitzende, Herr Schimpf, daß der Raunhofer Bürgerausschuß einen Zusammenstoß aus allen Kreisen der Bürger darstelle, der nur für das Wohl der Gemeinde arbeiten wolle. — Der Referent des Abends, Herr Dr. C. G. S. an der, sprach über das Thema: „Wie steht es um unsere Volkswirtschaft?“ Er führte ungefähr folgendes aus: Das soziale und wirtschaftliche Gebäude Deutschlands ist zusammengebrochen und damit auch die deutsche Volkswirtschaft aufs tiefste erschüttert worden. Wir stehen vor einem Irrenhause, und es bleibt uns nur der Verlust, aus den Trümmern ein neues Deutschland aufzubauen. Drei Fragen interessieren uns heute: Welches waren vor dem Kriege die Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft, was ist davon durch den Krieg vernichtet worden, und was ist für den Neubau übrig geblieben.

1. Unsere Frage vor dem Kriege: Das deutsche Land, das deutsche Kapital und die deutsche Arbeitskraft als Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft. Der deutsche Boden ist wichtig für den Anbau, die Landwirtschaft und für den Abbau, den Bergbau. Für die Landwirtschaft ist Deutschlands Boden nicht besonders begünstigt. Und obgleich es die deutsche Landwirtschaft verlor, so haben wir doch in diesen Kriegsjahren am eigenen Leibe gespürt, daß wir große Nahrungsmittelzufuhren aus dem Ausland brauchen. Dagegen ist der deutsche Boden mit Rohstoffen reich besetzt, besonders mit Kohle, Eisen, Steinsalz und Kali. Gut ausgerüstet waren wir vor dem Kriege mit Kapital, das in Vorräten, Wohngebäuden, Werkstätten, Maschinen, Apparaten, öffentlichen Gebäuden, Straßen, Eisenbahnen ufm. angelegt war. Als dritter ausschlaggebender Faktor die Bevölkerung. Sie war auf fast 70 Millionen angewachsen, davon über 28 Mill. erwerbstätig. Die Zunahme des Reichtums Deutschlands vor dem Kriege beruhte zum größten Teil auf der Zunahme seiner Arbeitskraft, auf seinem Fleiße. Es ist ein Irrtum, wenn viele glauben, daß das moderne Leben ungesund sei. Im Gegenteil, die Statistik beweist, daß wir heute durchschnittlich 11-12 Jahre länger leben. Das ist das sicherste Zeichen dafür, daß wir mit unserer Sozialpolitik auf dem besten Wege waren. Es war uns auch möglich zu kaufen, was auf der einen Seite fehlte, weil wir auf der anderen Seite Ueberflüsse über unsern eignen Bedarf zur Verfügung hatten. Ueber unsere Beziehungen zum Weltmarkt geben ein paar Zahlen den besten Aufschluß, wozu wir einige herausgreifen: Deutschland kaufte im Jahre 1913 z. B. für 5000 Mill. Mark Kohle und für 2760 Mill. Mark Nahrungs- und Genussmittel und verkaufte für 6400 Mill. Mark fertige Waren. Wir brauchen also die ganze Welt als Käufer und Verkäufer.

2. Unsere Verarmung durch den Krieg: Weniger Land, weniger Kapital, weniger arbeitende Menschen. Weniger Land: denn wir müssen damit rechnen, daß uns im S. W. Elßaß-Lothringen abgeschnitten wird, daß im Norden ein Grenzstreifen an Dänemark fällt und daß im Osten die Polen mit ihren Ansprüchen auftreten. Besonders das letzte trifft die Landwirtschaft. Ein Fünftel des deutschen Brodgetreides und der deutschen Karotten wachsen in den bedrohten Provinzen Polen, Westpreußen und Ostpreußen. Wenn es nicht gelingt, die polnischen Ansprüche zurückzudrängen, so müssen wir also mit einer Verkleinerung der landwirtschaftlichen Grundfläche Deutschlands rechnen, lobdass es in steigendem Maße auf Zuschüsse von außerhalb angewiesen ist. Außerdem ist der deutsche Boden in den vier Kriegsjahren aus Mangel an Arbeitskräften und gewissen Dingen ausgezehrt worden. Die Gebietsabtretung im Westen bedroht besonders unsere Rohstoffversorgung und damit die ganze wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. 70% unserer Eisenerze wurden in Lothringen gewonnen. Bedenklich ist auch die Abfuhr der Polen, das oberste Kohlenbecken von Deutschland abzuprennen. Damit trifft es uns in den Lebensnerven. Die Zurückweisung der polnischen Forderungen sollte deshalb keine Parteilage sein, sondern eine allgemeine Deutsche Frage von allerhöchster Dringlichkeit, in der sich alle einig sein müßten. Durch den Verlust des Elßaß kommen wir auch um unser Kolonialmonopol und müssen uns dann mit Frankreich in den Weltmarkt stellen. Das bedeutet eine Schwächung unserer handelspolitischen Stellung. Auch das deutsche Kapital ist durch den Krieg geschwächt worden; denn wir haben, fastes zu vermelden, von ihm gelebt. Deutschland muß seine Arbeit mit einem unvollständigen und heruntergewirtschafteten Apparat aufnehmen. Endlich die deutschen Menschen. 2 Mill. sind im Kriege gefallen oder an den Folgen des Krieges gestorben. Dazu kommen die vielen Krüppel und die große Zahl derer, die, ohne äußerlich verstimmt zu sein, doch körperlich oder geistig durch den Krieg gelitten und ihre alte Arbeitskraft verloren haben. Man kann den gesamten Verlust an Arbeitskräften auf mindestens 3 Mill. schätzen, mehr als ein Viertel der Besten.

3. Unsere Aufgaben nach dem Kriege: Keine sozialistischen Experimente, sondern Ruhe und Ordnung und Arbeit. Unsere Parole muß nun heißen: Arbeiten und nicht verarmen! Auf unsere Arbeit kommt es an und nicht auf die Sozialisierung, auf die Produktion und nicht auf die Verhorm. Die Verklärung der Arbeit, so schön dieses Ziel auch ist, wird jetzt zur Unzeit angestrebt. Wir müssen gerade, um die verlorengegangenen Arbeitskräfte zu ersetzen, mehr arbeiten als früher, und wir wollen froh sein, wenn wir durch gute Organisation, durch arbeitssparende Methoden, durch Heranziehung aller bisher brachliegenden Kräfte zur Mitarbeit und nicht zum wenigsten durch Herabsetzung unserer Lebensansprüche diese Mehrarbeit auf ein möglichst geringes Maß herabdrücken können. Die notwendigen Voraussetzungen dazu sind Frieden nach außen und Ruhe im Innern. Wenn wir wollen, daß unsere Landwirtschaft bald wieder Hochleistungen erziele, so dürfen wir sie nicht länger mit sozialistischen Experimenten beunruhigen. Daselbe gilt für die Industrie. Arbeitslosenunterstützung und Notstandsarbeiten dürfen nur Notbehelf sein. Wir brauchen Gegenwartsarbeit: Sofortige Steigerung der Kohlenförderung, sofortiger Bau von Lokomotiven u. Eisenbahnwagen. Organisation der Arbeit, nicht parteipolitischen Sinne, sondern als Zusammenfassung und Nachbarmachung aller im deutschen Volke vorhandenen Kräfte ist die wichtigste, die einzige Aufgabe dieser Zeit, hinter der alles andere zurückstehen muß, zu deren Lösung wir uns alle zusammenfinden müssen. Was wir am nötigsten brauchen, für unseren eignen Bedarf und als Tauschobjekt, sind die Kohlen. Das ist jetzt unser Geld. Die Störung der Kohlenförderung durch die wilden Streiks in Oberschlesien und im Rheinland ist deshalb Wohnsitz und ein Verbrechen am ganzen deutschen Volke. — Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Wenn wir alle unsere Kräfte aufs äußerste anspannen, dann wird uns auch der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gelingen. — Herr Schimpf sprach über die Gemeindewahlen: Wie ist die Liste entstanden? Der Bürgerausschuß, der sich aus Vertretern sämtlicher Vereine, Berufe und Stände zusammenschloß, hat in geheimer Wahl eine Auswahl unter vielen Namen getroffen, über die nicht im ganzen, sondern einzeln abgestimmt wurde. Warum ist keine Frau auf der Liste? Alle Vermählungen waren erfolglos. Die Vorgeschlagenen haben abgelehnt. Da aber die Anwesenheit einer Frau im Gemeinderat sehr erwünscht ist, sollen in die Ausschüsse, die nicht nur aus Stadtverordneten, sondern auch aus anderen Einwohnern bestehen, Frauen zugezogen werden, soweit besondere Gebiete der Frau in Frage kommen. Wer mit einzelnen Personen aus der Liste nicht ganz zufrieden ist, der stelle seine Bedenken diesmal zur Seite. Es gilt das Wohl des großen Ganzen, und Zusammenhalten ist erste Pflicht. Das Programm enthält den einen vornehmsten Grundloß: Sparen! Wir wollen froh sein, wenn wir ohne zu große Erhöhung der Steuern auskommen. Soweit den Gemeinden Einfluß in Schuldingen gelassen wird, treten wir ein für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule durch die Behörde, wenn auch unter den jetzigen Verhältnissen Rechnung tragenden Reformen. Wir wollen ein offenes Ohr für alle haben, aber wir können nichts Unmögliches versprechen. Nur das eine. Wir werden uns nach besten Kräften bemühen, unsere Pflicht zum Wohle der Stadt zu erfüllen.

Frau Solzwarth sprach noch ein paar Worte über die Deutschdemokratische Partei und stellte den Antrag vor alle politische Tätigkeit: Durch das Volk für das Volk! — Nachdem der Vorsitzende ähnliche aufklärende Worte für später in Aussicht gestellt hatte, schloß er die Versammlung. Wgd.

Die Kandidaten der Unabhängigen

Für das Stadtparlament stellen sich uns am Freitag abend vor. Nach einer kurzen Debatte über die Berücksichtigung früherer Versammlungen erhielt Genosse Bruchardt das Wort zu dem Thema: Stadtparlamentarierwahl und ihre Bedeutung. Einen durchgeführten Plan hatte der Vortrag nicht, und es bleibt mir nur übrig, die Hauptsätze daraus hervorzuheben: Die Wahlen zur Nationalversammlung haben in Raunhof eine bürgerliche Mehrheit gebracht. Das liegt daran, daß ihnen eine größere wahrheitswidrige Presse zur Verfügung steht. Der Bürgerausschuß ist nur Vertreter der bürgerlichen Parteien und keine Kandidaten werden deshalb die unabhngigen vorrevolutionären Zustände im Stadtparlament wieder aufleben lassen wollen. Wir aber treten ein für eine Steuerpolitik, die denen die Lasten aufbürdet, die sie verschuldet haben, also den Bürgerlichen. Das Klassenwohlfahrt hat es bisher verhindert, daß Vertreter der Arbeiterklasse eine ausschlaggebende Stimme hätten. Die Hausbesitzer hatten ein zu großes Recht gegenüber den Mietern. Die bürgerliche Gesellschaft war nicht für das Frauenwohlfahrt, wohl aber für die Frauennarbeit, siehe Hilfsdienstgesetz! Die Nahrungsmittel, die wir so dringend nötig hatten, wurden noch in letzter Stunde an die Front gebracht und gingen verloren. In der Heimat aber wurden den Arbeitern Stadtscheine gegeben, die sie auf dem Lande nicht los wurden und wofür sie sich also keine Nahrungsmittel kaufen konnten. — Es werden von der Regierung bürgerliche Gesetze geschaffen werden, die von Stadt- und Dorfgemeinden auszuführen sind. Dann zeigt euch stark genug, ihnen zu trotzen! Der Arbeitsmangel ist ein Hoß auf das Proletariat, denn wir wollen ja arbeiten. Aber die Unternehmer treiben Sabotage, wollen nicht produzieren, sondern ihre Betriebe möglichst rasch loswerden. Darum muß alles, was dafür reif ist, sozialisiert werden.

Auch die Kohlennot wird nicht eher behoben sein, als bis die Bergwerke in die Hände des Staates übergegangen sind. Aber nur die Enteignung der Produktionsmittel wird von uns gefordert, alles andere Eigentum bleibt unangefastet. Es muß ein Schuldsystem geschaffen werden, indem die einzelne Versorgung der Reichen ausgeschlossen und allen Kindern eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung gewährleistet wird. Der Kapitalismus führt zu wirtschaftlicher Ungleichheit und damit zu politischer Unfreiheit. — In der Baupolitik muß die Tätigkeit der Gemeinde entstehen. Es müssen Kleinwohnungen ohne Muehergewinn für den Unternehmer gebaut werden. Sonst werden wir auch noch den Grund und Boden enteignen. Wenn einer für die Allgemeinheit arbeitet, so muß ihn auch die Allgemeinheit unterstützen. Darum wählt die Liste Scheller! — Großer Beifall folgte dem Vortrag, der in erhebendem Pathos ausklang. Eine Aussprache dazu erfolgte nicht.

Ueber die Mängel des alten und die Ziele des neuen Stadtparlaments sagte ein lebhafter Gedankenaustausch ein. Herr Ad n i g :

Das Programm Sparfankrit. 2 und an Wohnort machen. 500 000 Mk. No einer Straße, die wohnungslos, 2 können. Des P den persönlichen Plan für Klein entschlossen ausmuh der Schließ

Herr S o d e Leipzig, die uns Schuld der früh hönste für die W Denn für Schul merlegt der reich worden werden über die Besorgn oermacht sich Ge Gemeindevorstehe die Gelegenhe zu nicht ausgenüß des Arbeiterrates der Abflimmung und haben dabei zeigt. Herr Kr i soß. Herr O d e galtung durch da 4/2 Jahre gewo ihm mit gleicher die Bitte des jost Vorstehende die

Sächsisch

Sonnenuntergang

1851 Rom

Unterzeichnung

Wienkongress

o Einschra

sekretärs des I

machung die

währten Vortr

31. Januar ar

sich noch im b

gerichteten Se

Feldpostortsch

bringen, nebe

land, Litauen

Empfänger sic

Beförderung

Deeres und de

stehenden Vor

Die Wale

nellen findet n

von 9-5 Uhr

durchschnittlich

zur Verfügung

sich schneller a

wird daher dr

zu kommen, u

mittagsstunden

Die Kon

Parteien hat

Wahltechnik u

Wer eine Auf

schon gewählt

seile. Wei de

Wahlakt absp

zwischen Ausse

vergebt, lassen

nicht vermeiden

— Sm G

Berichtslage ab

ter am 27. Febru

9. Oktober und

Orte Albrechtsh

hain, Klinga, R

Thema. — J

3. April, 22. N

November für b

meret, Kleinfri

— Raunf

die Schhen p

Weld angeleh

Beilsse gefoß

Pflicht auferleg

auch an dieser E

— Raunf

Gaudlich-Sn

mal wieder sehr

Sorgenlohe Stun

trefflichen Sng

lungen kommen

zweite für den 2

— Nach S

ember 1899 un

betr. Wenderung

Telegraphengeb

gabe, vom 21.

sich die Pausch

Ortsfernprechn

120 A auf 1-

meder ihre Unf

Gebhrenerbu

vom 1. April a

mit Reichsabgab

bhren, für jede

Gesprche jhrli

bei dem Postan

gegeben haben

hhsten Pausch

A. — Grif

find und im B

korps wohnen,